nämlich immer wieder die Frage, wie man die beiden Kontrahenten, wenn sie in eine Konfliktsituation geraten und den Tisch verlassen, wieder an den Tisch zurückbringt. Hier bedarf es ganz einfach des Einflusses der Supermächte, die diese Aufgabe zu erfüllen haben. Wie gesagt, ich kann mir nicht denken, daß die Vereinigten Staaten auf die Dauer hier eine abweisende Haltung einnehmen können, umso weniger, als sich die außenpolitische Haltung der Vereinigten Staaten — das weiß ich aus eigener Erfahrung — immer wieder als sehr flexibel erwiesen hat. Ein Beispiel hierfür ist die österreichische Neutralität, die ja ursprünglich von John Foster Dulles aus ›moralischen Gründen‹ abgelehnt wurde und schließlich, so wie sie von Österreich formuliert, von den USA angenommen wurde. Auch daß es eine so wache öffentliche Meinung wie die israelische zulassen wird, daß man über die eigenen Probleme spricht, ohne daß Israel dabei ist, ist auf die Dauer nicht zu erwarten. Denn auch für Israel gilt das alte französische Wort: ›les absents ont toujours tort‹, wer nicht dabei ist, hat stets unrecht. Man muß sich also auf diese Frage konzentrieren, denn diese oder eine ähnliche Konstruktion scheint mir auf die Dauer die Voraussetzung für eine Gesprächsbasis zu sein.

Eine gemeinsame Gesprächsgrundlage aber ist die Voraussetzung dafür, daß der zweifellos mühselige und steinige Weg zu einer umfassenden Ruhigstellung überhaupt von allen Beteiligten beschritten werden kann.

Anmerkungen

1 Schwerpunktmäßig mit dem Nahostkonflikt hat sich diese Zeitschrift zuletzt in Heft 6/1980 mit Beiträgen von Friedemann Büttner, Manfred Riedmair, Mohammed Abu Shilbayih und Israel Shahak befaßt. Siehe auch Sune O. Persson, Von den Schwierigkeiten der Vermittlung in der Palästina-Frage. Die Mission des Folke Bernadotte vor 33 Jahren, VN 4/1981 S.116ff.; Friedemann Büttner, Die persönliche Meinung: Frieden für Galiläa?, VN 4/1982 S.119; Ensio Siilasvuo, Der unerfüllbare Auftrag. Die UNIFIL als Negativbeispiel friedenssichernder Operationen der Vereinten Nationen, VN 6/1982 S.185ff.; Stefan Wild, die Palästinenser im Libanon (1948–1982), VN 6/1982 S.189ff.; Oswald Baumgarten, Der Kampf um den Boden. Die israelische Siedlungspolitik und die Staatengemeinschaft, VN 2/1984 S.46ff.

2 Die der ›Teilungsresolution‹ 181(II) beigegebene Landkarte ist wiedergegeben in VN 4/1981 S.118.

3 Fes-Deklaration (9. September 1982), Text: Europa-Archiv, Folge 21/1982, S.D566ff. In derselben Quelle sind auch der Reagan-Friedensplan (1.September 1982) und die Breschnew-Erklärung (15.September 1982) abgedruckt (S.D557ff. bzw. S.D568ff.).

4 Hierzu Lord Caradon, Die Zukunft der Resolution 242, VN 5/1979 S.153ff. Der Artikel enthält auch den Text dieser Entschließung.

Südpazifik '85: Politische und kulturelle Perspektiven

RENATE VON GIZYCKI

»Wir, die Bewohner der Inseln des Pazifik, suchen nach einer neuen Lebensweise: nach einem Leben, in dem wir selbst die volle Verantwortung für die Schaffung von sozialen, politischen, ökonomischen und kulturellen Einrichtungen tragen, die unseren besonderen Bedürfnissen entsprechen. Eine solche Verantwortung bedeutet, daß wir uns selbst als das akzeptieren, was wir sind, und nicht andere nachahmen. ... Erst dann können wir zu unserer eigenen Entwicklung als Bewohner der Inseln des Pazifik und zur Entwicklung der Menschheit als Ganzer einen Beitrag leisten.«

Sione Tupouniua
Sozialwissenschaftler aus Tonga

Pazifische Perspektiven oder pazifische Herausforderung?

Das Bild des Pazifik, der ein Drittel unseres Planeten ausmacht, wird im westlichen Europa heute am ehesten mit Japans Dynamik und Herausforderung verbunden. Allenfalls wird noch wahrgenommen, daß die Region des pazifischen Beckens inzwischen zum Hauptschauplatz für Handel, Verkehr und die entsprechende Konkurrenz seiner Anrainer geworden ist. Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Japan, China, Australien und Neuseeland — sie alle wetteifern um Einfluß und Rohstoffreserven, beim Meeresbergbau oder um die reichen Thunfischgründe des Ozeans, der weder ›still‹, noch friedlich ›pazifisch‹ ist, sondern als ›Meer der Zukunft‹ fest im Blick von Großbanken, Konzernen, Militärstrategen, und den wir nicht länger mehr eurozentrisch an den Rand unseres Bewußtseins drängen können.

Wenn vom Pazifik die Rede ist, dann ist meist seine nördliche Hälfte gemeint, wo die Supermächte in unmittelbarer Nachbarschaft um militärische Positionen rivalisieren, China und Japan nicht nur ökonomisch, sondern auch kulturell seit altersher prägende Kräfte sind. Südostasien, die Länder des Verbandes der Südostasiatischen Nationen (ASEAN) und Vietnam, Südkorea, die Philippinen, Hongkong oder Singapur sind mehr oder minder kalkulierbare Größen im weltpolitischen Schachspiel. Von Europa aus betrachtet, werden Australien und Neuseeland (gewissermaßen als historische Ableger des britischen Imperiums) eher zum Westen gerechnet und nicht als pazifische Regionalmächte angesehen; geographisch und kulturell werden sie Ozeanien zugeordnet, über das hierzulande ebenfalls meist nur vage Vorstellungen existieren. Polynesien, Melanesien und Mikronesien, die klassischen Inseln der Südsee, wurden bisher politisch nur wahrgenommen, wenn Krisen, Katastrophen oder der strategische Wettlauf um Häfen oder Stützpunkte (zum Beispiel das Interesse der Sowjetunion an einem Fischereihafen in Tonga) eine Berichterstattung in den Medien unumgänglich machten.

Nachdem die französischen Atomversuche in Mururoa jahrelang fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden hatten, waren es in jüngster Zeit zwei Ereignisse, die plötzlich über Nacht die Aufmerksamkeit in unseren Medien erregten: die blutigen Unruhen in Neukaledonien und die Weigerung Neuseelands, US-amerikanische Kriegsschiffe ohne Auskunft über ihre nukleare Ausrüstung in seine Häfen einlaufen zu lassen. Am 8. März 1985 begründete der Ministerpräsident Neuseelands, David Lange, vor der Abrüstungskonferenz in Genf die Haltung Neuseelands so: »Mein Land besitzt keine Nuklearwaffen. Es hat nicht die Absicht, je welche zu erwerben ... und möchte nicht durch sie verteidigt werden. ... Die Erprobung nuklearer Waffen durch Frankreich im Atoll von Mururoa stößt seit vielen Jahren in der Region des Südpazifik auf großen Widerstand.«

Dies sei keine Absage an den (Neuseeland und Australien mit den USA verbindenden) ANZUS-Pakt, gemeinsam mit Australien werde man jedoch die Beschlüsse des zwischenstaatlichen Südpazifik-Forums zur Errichtung einer nuklearfreien Zone in dieser Region mit aller Kraft unterstützen.

Die politische Unabhängigkeit als Voraussetzung und erster Schritt für die eigene Lebensgestaltung ist im letzten Jahrzehnt auf den südpazifischen Inseln entscheidend vorangekommen. Der Zusammenschluß im Südpazifik-Forum umfaßt neben den Regionalmächten Australien und Neuseeland die unabhängigen Inselstaaten und selbstverwalteten Gebiete der Region: Cookinseln, Fidschi, Nauru, Samoa und Tonga, seit der Gründung im Jahre 1971; hinzu kamen später Kiribati, Niue, Papua-Neuguinea, Salomonen, Tuvalu und Vanuatu. Die unter fremder Verwaltung stehenden Gebiete wie Amerikanisch-Samoa, Mikronesien und die Übersee-Territorien Frankreichs sind lediglich Mitglieder der Südpazifik-Kommission, die von den damaligen Kolonialmächten sowie den USA kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden war und die im wesentlichen Funktionen technischer Beratung wahrnimmt. Australien und Neuseeland spielen als führende Industrienationen der Region in Fragen der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik naturgemäß eine wichtige Rolle, nicht zuletzt in den beiden Organisationen. Bis

auf Kiribati, Nauru, Tonga und Tuvalu sind die unabhängigen Staaten der Region auch Mitglieder der Vereinten Nationen.
Auf den ersten Blick — und verglichen mit Mittelamerika, dem Libanon oder mit der Golfregion — ist der Südpazifik eine politische Idylle; es gibt keine Buschkriege, Bombenmassaker oder systematische Menschenrechtsverletzungen. Anders als im nördlichen Pazifik gibt es auch keine totalitären Regime oder verfeindete Länder in unmittelbarer Nachbarschaft; die Supermächte rivalisieren nicht direkt vor ihren Küsten um Einfluß oder Stützpunkte. Die religiöse Zersplitterung der im wesentlichen vom Missionschristentum geprägten Region hält sich in Grenzen; fanatische Sekten sind so gut wie unbekannt. Die Kargo-Kulte, Ausdruck des erlittenen Kulturschocks und verzweifelter Versuch, zu überleben (die während des Zweiten Weltkriegs in Neuguinea und Melanesien einen gewissen Höhepunkt hatten), sind abgeklungen oder in politische Formen des Widerstandes gegen Überfremdung eingemündet; sie sind jedenfalls nicht länger bestimmend für das gesellschaftliche Leben der neuen unabhängigen Staaten im Südpazifik, die sich alle mehr oder minder an das Muster britischer parlamentarischer Demokratie angelehnt und damit (zum Beispiel in Papua-Neuguinea) auch bereits innenpolitische Krisen überdauert haben.
Die Entkolonisierung fand nach rund hundertjähriger Dauer fremder Herrschaft im Südpazifik zwar nicht problemlos, im ganzen aber bisher unblutig statt und wurde von Australien und Neuseeland durch umfangreiche Enwicklungshilfe und Finanzmittel gefördert. Anders als in Mikronesien (dem ›Treuhandgebiet Pazifikinseln‹ der Vereinigten Staaten) und in den französischen Übersee-Territorien, wo hinter einer demokratischen Fassade die kolonialen Zustände fortbestehen, ist der politische Alltag der Region von einem Klima wechselseitiger Achtung und von einem Bemühen um Zusammenarbeit bestimmt. Die inneren Verletzungen der Kolonialzeit allerdings dauern an; von Planern und Experten der sogenannten Modernisierung werden sie meist nicht beachtet. In der neuen Kunst und Literatur finden sie heute ihren genauesten und sensibelsten Ausdruck: die Auseinandersetzung um das kulturelle Erbe und um die Aufgaben der Zukunft, Identitätsfragen und die Entkolonisierung des Bewußtseins sind ihre ständig wiederkehrenden Themen.
Überhaupt wird bei näherem Hinsehen deutlich, wie sehr die südpazifischen Inseln die Probleme vieler Länder in der Dritten Welt teilen: Bevölkerungsdruck, Arbeitsemigration, Schwierigkeiten mit Versorgung und Transport, die verschärft werden durch die Kleinheit und Isolation ihrer Inselwelten; soziale und ethnische Spannungen, der wachsende Abstand zwischen arm und reich. Die Menschen stehen vor dem Dilemma, ihre Kultur zugleich bewahren und ›modernisieren‹ zu wollen, oft ohne zu ahnen, welcher Preis an Lebensglück und Identität beim ›Anschluß an die Welt‹ zu zahlen ist. Die pazifischen Inseln liegen übrigens nicht, wie es die Klischees der Ferntouristik gern wollen, ›unter der Sonne‹, sondern werden von unberechenbaren Wirbelstürmen, von Überflutung und Dürre heimgesucht; und auch der Tourismus ist keine zuverlässige Einnahmequelle.
Die kolonialen Wunden sind besonders spürbar in den melanesischen Inselstaaten, deren schwarzhäutige Bewohner gegenüber anderen ›Südsee-Insulanern‹ immer schon diskriminiert wurden; sie waren häufig rassistischer Mißachtung und rücksichtsloser Menschenjagd (zum Beispiel für Plantagen in Australien) ausgesetzt. Diesen Hintergrund muß man im Auge behalten, wenn man heute die Aktivitäten und Äußerungen militanter Anhänger der Kanak-Bewegung in Neukaledonien verstehen will; als das Referendum über ihre Unabhängigkeit entgegen den Wahlversprechungen Mitterrands immer weiter hinausgeschoben wurde, fühlten sie sich in ihrem Mißtrauen gegenüber Paris bestätigt und auch von einigen ihrer Nachbarn im Stich gelassen — ähnlich wie die Widerstandsbewegung in West-Papua (West-Irian). Sie glauben von daher, daß sie sich ihre Bundesgenossen nicht länger aussuchen können, und daß nur Libyens Ghaddafi oder Moskau noch ihren Forderungen Nachdruck verleihen; und sie haben damit — wie die jüngsten Ereignisse zeigen — als ein neues ›Kuba im Pazifik‹ offenbar weltweit Gehör gefunden.

Die Zukunft Neukaledoniens: ›Südsee-Algerien‹ Mitterrands oder ›Neue pazifische Heimat‹ Tjibaous?

Die Ausrufung einer eigenen ›Republik Kanaky‹ im Dezember 1984 ist nur der vorläufige Höhepunkt eines Konflikts mit einer langen Vorgeschichte: Ureinwohner, zusammengeschlossen in der Sozialistischen Nationalen Befreiungsfront der Kanaken (Front de Libération Nationale Kanake Socialiste, FLNKS) und weiße Siedler einer gaullistisch orientierten Bewegung, die für eine feste Bindung an Frankreich optiert (Rassemblement pour la Calédonie dans la République, RPCR), stehen sich unversöhnlicher denn je gegenüber. Die sich überstürzenden Ereignisse in Neukaledonien, der Wahlboykott der nationalistischen Kanaken, blutige Zusammenstöße und Gewalttaten auf beiden Seiten, Polizeiverstärkung, der Besuch des Vermittlers Pisani und schließlich sogar der Blitzbesuch Präsident Mitterrands im Januar 1985 brachten die sonst kaum beachtete Pazifikinsel in den Blick der Weltöffentlichkeit; sie signalisieren das Ende einer Illusion: Die schon lange um ihre Unabhängigkeit kämpfenden melanesischen Ureinwohner haben keine Geduld und kein Vertrauen mehr, die von Mitterrand 1981 in seinem Wahlversprechen angekündigte Selbstbestimmung soll nicht erst 1989 nach einer Interimsregierung, sondern hier und heute verwirklicht werden. Die Wartefristen sind abgelaufen, die gemäßigten Kräfte auf beiden Seiten überstimmt; die Polarisierung in der Frage der Zugehörigkeit zu Frankreich läßt zur Zeit wenig Hoffnung aufkommen, daß die von Pisani ausgearbeiteten Pläne für einen lebbaren Kompromiß in einer multi-ethnischen Gesellschaft noch eine Zustimmung finden. Die Zukunft der Insel ist ungewisser denn je und Gegenstand politischer Spekulationen und Phantasien, in denen Kuba, Rhodesien und vor allem immer wieder Algerien beschworen werden.
Es war der Ministerpräsident von Vanuatu, der anglikanische Geistliche Walter Lini, dessen Bewegung 1980 nach langen Kämpfen die Unabhängigkeit der damaligen Neuen Hebriden von französischer und britischer Kontrolle erringen konnte, der auf der letzten Konferenz des Südpazifik-Forums (1984 in Tuvalu) davor gewarnt hatte, Neukaledonien zu einem »Algerien im Südpazifik« werden zu lassen. Sein Vorschlag an die Regierungschefs der Region, die Vereinten Nationen aufzufordern, Neukaledonien in die Liste der abhängigen Territorien aufzunehmen, was Frankreich als klassische Kolonialmacht abstempeln würde, wurde nicht rundweg abgelehnt, aber noch zurückhaltend gewertet und an einen Ausschuß überwiesen.
Dennoch ist die historische Berechtigung von Linis Einschätzung kaum zu bestreiten: Nachdem Europäer die Insel entdeckt, teilweise missioniert und durch einen eigenen Namen in ihre Welt integriert hatten, folgte die Besiedlung Neukaledoniens dem Grundmuster aller kolonialen Expansion: Vertreibung der Ureinwohner vom besten Land, blutige Niederwerfung von Aufständen, Abdrängung der besiegten und durch Krankheiten dezimierten ›Eingeborenen‹ in Reservate oder ihre Ausbeutung als Plantagenkulis und Minenarbeiter; Mißachtung als kulturlose ›Wilde‹ und ›Heiden‹, denen man erst die Zivilisation bringen müsse. In Neukaledonien, das 1774 kurz von den Schiffen des Kapitäns Cook besucht worden war, begann dieser Prozeß 1853 mit der Proklamation der Insel als französischer Besitz; 1864 wurde sie zur Strafkolonie; 1885 wurde von Paris aus ein ziviler Gouverneur eingesetzt; 1897 endete der Transport von Gefangenen (unter ihnen auch verurteilte Kommunarden des Pariser Aufstands von 1871); 1958 wurden in Neukaledonien Wahlen für eine Vertretung im französischen Parlament abgehalten; in einem Referendum entschied sich die Bevölkerung für einen Verbleib ihrer Insel beim ›Mutterland‹, für ein Französisches Übersee-Territorium. Die Beteiligung der Kanaken, die erst 1951 Bürgerstatus erhalten hatten und über keine poli-

tischen Sprecher verfügten, war zahlenmäßig minimal; die weißen Siedler hatten die Mehrheit. Nach fast hundert Jahren französischer Herrschaft gab es fast keine Kanaken mit höherer Bildung; aber bereits 1969 wurde dann die Kanak-Befreiungsbewegung von einer Gruppe junger Kanak-Aktivisten gegründet, ein Jahr später die erste Partei.

Neukaledonien gehört heute zu den Übersee-Territorien Frankreichs im Pazifik; es umfaßt eine große gebirgige Insel (zwischen Fidschi und Australien) sowie einige Koralleninseln und ist wegen seiner reichen Nickelvorkommen von großer wirtschaftlicher Bedeutung für den Weltmarkt. Nachdem aus der ehemalien Strafkolonie im Laufe eines Jahrhunderts bereits eine weiße Siedlerkolonie geworden war, betrieb die französische Regierung (nicht zuletzt unter dem Eindruck des Nikkel-Booms) noch zu Beginn der siebziger Jahre eine gezielte Einwanderungspolitik. Während etwa die ehemals britisch verwalteten Inseln die Unabhängigkeit erhielten, versuchte Paris den frankophonen Einfluß auf Dauer zu stärken; Noumea wurde immer mehr zu einer französischen Metropole mitten im Pazifik. Inzwischen sind die Ureinwohner der Inseln (darin Hawaiianern und Maoris vergleichbar) zur Minderheit im eigenen Land geworden. Von den 145 000 Einwohnern stellen sie etwa 42 vH — knapp 62 000 Personen gegenüber 54 000 (meist französischen) Europäern, die etwa 37 vH der Bevölkerung ausmachen; hinzu kommen Einwanderer, knapp 20 vH, aus dem französischen Wallis und Futuna, aus Tahiti, Indonesien, Indochina und anderen Ländern, die nicht auf seiten der Unabhängigkeitsbewegung der Kanaken stehen.

Es ist diese Bevölkerungsstruktur, die den fast unlösbaren Konflikt um die Stimmberechtigung bei künftigen Wahlen bestimmt: Jean-Marie Tjibaou, der nach Ausrufung der ›Republik Kanaky‹ zu ihrem Präsidenten erklärt wurde, besteht bei Verhandlungen mit der französischen Regierung vor allem darauf, daß das Recht zur Selbstbestimmung ausschließlich vom Volk der Kanaken ausgeübt werden sollte. Dagegen stehen nicht nur verfassungsrechtliche Bedenken, sondern innerhalb und außerhalb des ›Mutterlandes‹, zum Beispiel in Tahiti, eine wachsende Opposition von politischen Gruppierungen der Rechten, die jede Form der Unabhängigkeit von Frankreich ablehnen und zum Verrat erklären. Für die Kanaken, wie sie sich selbst stolz nennen — und was in ihrer Landessprache einfach ›Menschen‹ heißt —, geht es in diesem Kampf nicht nur um politische Unabhängigkeit; es geht ihnen gleichzeitig um ihre kulturelle Würde, um ihre Identität als Melanesier; diese neue Identität hat sich besonders im letzten Jahrzehnt unter dem Einfluß ihrer unabhängig gewordenen Nachbarn Vanuatu, Salomonen und Papua-Neuguinea herausgebildet und wirkt sich inzwischen auch auf die Befreiungsbewegungen in West-Papua (West-Irian) aus; selbst die Ureinwohner Australiens berufen sich auf dieses Selbstverständnis, das nach Bernard Narakobi (Rechtsanwalt, Philosoph und Gründer der ›Melanesian Alliance Party‹ in den Nord-Salomonen) als ›Melanesian Way‹ eine alle Lebensbereiche umfassende Weltsicht darstellt, in der das traditionelle Dorf und die reiche mündliche Überlieferung ebenso ihren Platz haben wie die gemeinsam erlittenen Erfahrungen aus Kolonialzeit und Befreiungskampf.

Für Pfarrer Lini war die Unterstützung Papua-Neuguineas bei der Niederschlagung des Separatistenaufstands in Santos zu Beginn der Unabhängigkeit Vanuatus 1980 ein Akt »echter melanesischer Solidarität«, und die Parteinahme für die Sache der Kanak-Bewegung ist heute Ausdruck der gleichen Gesinnung; es existiert also bereits eine Art ›melanesischer Club‹ in der politischen Landschaft des Südpazifik. Die Beunruhigung in der Region geht in viele Richtungen: die traditionell eher westlich orientierten Inselstaaten Fidschi, Tonga oder Samoa befürchten einen wachsenden Einfluß radikaler, ja marxistischer Kräfte, der letzten Endes der Sowjetunion zugute käme; Australien und Neuseeland begrüßten zwar offiziell die Bemühungen der französischen Regierung, die Unabhängigkeit Neukaledoniens (mit gewissen Bindungen an Frankreich) noch in diesem Jahr zur

Staaten und Gebiete des Südpazifik

UNABHÄNGIGE STAATEN

Australien (Australischer Bund)

Konstitutionelle Monarchie. Unabhängigkeit: 1.1.1901/11.12.1931. UN-Beitritt: 1.11.1945. Staatsoberhaupt: Elisabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Sir Ninian Martin Stephen. Regierungschef: Ministerpräsident Bob Hawke. Hauptstadt: Canberra. Fläche: 7 686 848 qkm. Bevölkerung: 15 370 000, davon rund neun Zehntel britischer Abstammung; etwa 1vH Ureinwohner. Hauptausfuhrgüter: Bergbau- und Agrarprodukte. Haupthandelspartner: EG, Japan, USA.

Fidschi

Konstitutionelle Monarchie. Unabhängigkeit: 10.10.1970. UN-Beitritt: 13.10.1970. Staatsoberhaupt: Elisabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Ratu Sir Penaia Ganilau. Regierungschef: Ministerpräsident Ratu Sir Kamisese Mara. Hauptstadt: Suva. Fläche: 18 274 qkm. Bevölkerung: 670 000, davon ca. 49vH indischer und ca. 45vH melanesischer Abstammung. Hauptausfuhrgut: Zucker (ca. 70vH). Haupthandelspartner: Großbritannien, Australien.

Kiribati (Republik Kiribati)

Unabhängigkeit: 12.7.1979. Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident Ieremia Tabai. Hauptstadt: Bairiki. Fläche: 822 qkm. Bevölkerung: 60 000 (Mikronesier). Hauptausfuhrgut: Kopra. Haupthandelspartner: Australien, Großbritannien, Neuseeland, USA.

Nauru (Republik Nauru)

Unabhängigkeit: 31.1.1968. Staatsoberhaupt und Regierungschef: Präsident Hammer de Roburt. Hauptstadt: Yaren. Fläche: 21 qkm. Bevölkerung: 7 800, davon etwa die Hälfte gemischt polynesisch-mikronesisch-melanesischer Abstammung, Rest: ausländische Arbeitskräfte. Hauptausfuhrgut: Phosphat. Haupthandelspartner: Australien, Neuseeland.

Neuseeland

Konstitutionelle Monarchie. Unabhängigkeit: 26.9.1907/11.12.1931. UN-Beitritt: 24.10.1945. Staatsoberhaupt: Elisabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Sir David Beattie. Regierungschef: David Lange. Hauptstadt: Wellington. Fläche: 268 676 qkm. Bevölkerung: 3 200 000, davon etwa neun Zehntel europäischer Herkunft; knapp ein Zehntel Ureinwohner (Maoris). Hauptausfuhrgüter: Wolle, Fleisch. Haupthandelspartner: Australien, EG, Japan, USA.

Papua-Neuguinea (Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea)

Konstitutionelle Monarchie. Unabhängigkeit: 16.9.1975. UN-Beitritt: 10.10.1975. Staatsoberhaupt: Elisabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Sir Kingsford Dibela. Regierungschef: Ministerpräsident Michael T. Somare. Hauptstadt: Port Moresby. Fläche: 461 691 qkm. Bevölkerung: 3 190 000 (Melanesier). Hauptausfuhrgüter: Kupfererze, Gold, Kaffee. Haupthandelspartner: Australien, Japan, Bundesrepublik Deutschland.

Salomonen

Konstitutionelle Monarchie. Unabhängigkeit: 7.7.1978. UN-Beitritt: 19.9.1978. Staatsoberhaupt: Elisabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Sir Baddeley Devesi. Regierungschef: Ministerpräsident Sir Peter Kenilorea. Hauptstadt: Honiara. Fläche: 28 446 qkm. Bevölkerung: 260 000 (Melanesier). Hauptausfuhrgut: Fisch. Haupthandelspartner: Australien, Japan.

Samoa (Unabhängiger Staat Westsamoa)

Einer konstitutionellen Monarchie vergleichbar. Unabhängigkeit: 1.1.1962. UN-Beitritt: 15.12.1976. Staatsoberhaupt: Malietoa Tanumafili II. Regierungschef: Ministerpräsident Tofilau Eti Alesana. Hauptstadt: Apia. Fläche: 2 842 qkm. Bevölkerung: 160 000 (Polynesier). Hauptausfuhrgüter: Kopra, Kakao. Haupthandelspartner: Japan, Australien, Singapur.

Tonga (Königreich Tonga)

Unabhängigkeit: 4.6.1970. Staatsoberhaupt: König Taufa'ahau Tupou IV. Regierungschef: Ministerpräsident Prinz Tu'ipelehake. Hauptstadt: Nuku'alofa. Fläche: 699 qkm. Bevölkerung: 100 000 (Polynesier). Haupteinnahmequelle: Kokosnußprodukte, Bananen und Tourismus.

Tuvalu

Konstitutionelle Monarchie. Unabhängigkeit: 1.10.1978. Staatsoberhaupt: Elisabeth II., vertreten durch Generalgouverneur Sir Fiatau Penitala Teo. Regierungschef: Ministerpräsident Dr. Tomasi Puapua. Hauptstadt: Veiaku. Fläche: 158 qkm. Bevölkerung: 7 500 (Polynesier). Hauptausfuhrgüter: Kopra, Fisch, Briefmarken.

Vanuatu (Republik Vanuatu)

Unabhängigkeit: 30.7.1980. UN-Beitritt: 15.9.1981. Staatsoberhaupt: Präsident Ati George Sokomanu. Regierungschef: Ministerpräsident Walter Hadye Lini. Hauptstadt: Port Vila. Fläche: 14 763 qkm. Bevölkerung: 120 000 (Melanesier). Hauptausfuhrgüter: Kopra, Fisch. Haupthandelspartner: Australien.

Sämtliche Staaten gehören dem Commonwealth an. — Zu allen Staaten unterhält die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen; zuletzt wurden Beziehungen zu Nauru (20.9.1984) aufgenommen. — Bei den Bevölkerungszahlen handelt es sich im allgemeinen um Schätzungen für Jahresmitte 1983.

UN-TREUHANDGEBIET

Treuhandgebiet Pazifikinseln

Fläche: 1 779 qkm. Bevölkerung: 150 000 (Mikronesier).

Verwaltungsmacht: USA.

Letztes Treuhandgebiet der Vereinten Nationen. Die Pazifikinseln wurden als einziges Gebiet zur strategischen Zone gemäß Artikel 82 und 83 der Charta der Vereinten Nationen erklärt. Deshalb berichtet der Treuhandrat über dieses Gebiet an den Sicherheitsrat. Das Treuhandabkommen mit den USA wurde 1947 geschlossen. Bereits für 1981 hatten die Vereinigten Staaten das Auslaufen des Abkommens in Aussicht genommen. Im Treuhandrat kam jedoch keine Einigung zustande, da sich die Sowjetunion für eine vollständige Unabhängigkeit einsetzt, während die Vereinigten Staaten von einer Unabhängigkeit der nachfolgend genannten vier Staaten ausgehen, die in Form des sogenannten ›Compact of Free Association‹ mit den USA verbunden bleiben, welche weiterhin die Zuständigkeit für äußere und innere Sicherheit beibehalten. Für diese besteht bereits interne Selbstverwaltung:

— Bund der Nördlichen Marianen
— Republik Marshallinseln
— Föderierte Staaten von Mikronesien
— Republik Palau

ABHÄNGIGE GEBIETE

Amerikanische Außengebiete

Amerikanisch-Ozeanien
— Amerikanisch-Samoa
— Bakerinsel
— Guam
— Howlandinsel
— Jarvisinsel
— Johnstoninsel
— Kingmanriff
— Midway
— Palmyrainsel
— Wake

Australische Außengebiete

Norfolkinsel
Territorium Korallenmeerinsel

Britische Überseegebiete

Pitcairn

Französische Übersee-Territorien

Französisch-Polynesien
— Australinseln (Tubuaiinseln)
— Gambierinseln
— Gesellschaftsinseln (mit Tahiti)
— Marquesainseln
— Tuamotuinseln (mit Mururoa)

Neukaledonien
Wallis und Futuna

Neuseeland: Assoziierte Gebiete

Cookinseln
Niue

Neuseeland: Überseegebiet

Tokelau

Gemäß Resolution 1514(XV) der UN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1960 befaßt sich der Entkolonisierungsausschuß zur Zeit mit den Gebieten Amerikanisch-Samoa, Guam, Pitcairn und Tokelau.

Die Generalversammlung nahm in ihrer Resolution 39/31 vom 5.12.1984 zur Kenntnis, daß in *Amerikanisch-Samoa* ein Verfassungskonvent am 16. Februar 1984 einen überarbeiteten Verfassungsentwurf für das Territorium verabschiedete, der dem amerikanischen Kongreß übermittelt wurde. In *Guam* sprachen sich in einem Referendum, das am 4. September 1982 abgeschlossen wurde, 75vH der Befragten für einen Status der Assoziierung mit den Vereinigten Staaten aus. Diese werden in Resolution 38/42 der Generalversammlung vom 7.12.1983 aufgefordert, den Prozeß der Entkolonisierung voranzutreiben. Zu *Pitcairn* stellte die UN-Generalversammlung bereits in ihrem Beschluß 37/415 vom 23.11.1982 fest, daß die Verwaltungsmacht jederzeit bereit ist, Gespräche über eine Änderung des verfassungsrechtlichen Status zu führen, wenn dies gewünscht wird. In Beschluß 39/409 vom 5.12.1984 wird Großbritannien außerdem aufgefordert, die Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung von Pitcairn weiterhin sicherzustellen. Auf ihrer 39. Tagung billigte die UN-Generalversammlung den Entschluß der Bewohner von *Tokelau*, vorerst den mit Neuseeland bestehenden Status beizubehalten, will jedoch mit der Tokelau-Frage befaßt bleiben (Beschluß 39/408 vom 5.12.1984).

Wahl zu stellen; zugleich machen sie sich jedoch Sorgen um die künftige Stabilität der Region und über die auf sie zukommenden Belastungen im Bereich von Sicherheits- und Entwicklungspolitik, wenn Frankreich sich aus ihr zurückzieht. Französisch-Polynesien wäre vermutlich der nächste Ort des Aufruhrs.

Frankreich wird es künftig wohl weniger leicht haben, seine überseeischen Departements und Übersee-Territorien dem Blick einer kolonialismuskritischen internationalen Öffentlichkeit zu entziehen; Anfang April 1985 haben auf einer Zusammenkunft in Guadeloupe Vertreter von Unabhängigkeitsbewegungen dieser Gebiete gefordert, die Resolution 1514 (XV) der UN-Generalversammlung »über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker« endlich auch hier anzuwenden.

Friedensbewegung und Kirchen für nuklearfreien Pazifik

Für alle südpazifischen Inselstaaten ist der Kampf für einen nuklearfreien und unabhängigen Pazifik — ungeachtet aller übrigen politischen Differenzen — eine Frage von großer, auch emotionaler Bedeutung. Die französischen Atomversuche in Mururoa wurden von Anfang an als arrogante Mißachtung der souveränen Rechte der Inselstaaten aufgefaßt; der Protest dagegen wurde stets mit der Forderung an die Adresse Frankreichs verbunden, den Kolonialstatus seiner Territorien zu beenden. Die Verknüpfung von Aktionsprogrammen der Friedensbewegung gegen eine nukleare Präsenz im Pazifik mit der Frage der Entkolonisierung geht, wie es eine 1978 in Ponape formulierte Resolution ausdrückt, davon aus, »daß freie und unabhängige Nationen es niemals zulassen werden, ihr Land, ihre Menschen und ihre Nachkommen atomarer Verseuchung auszusetzen«.

»Wir haben hier in Tonga kein Wort für die Atombombe oder für ›nuklear‹«, sagte mir ein junger Lehrer 1983, der sich aktiv für einen kernwaffenfreien Pazifik einsetzt; der katholische Bischof Finau habe das Wort ›Pomu Atomi‹ dafür geprägt. Wer noch immer glaubt, die Friedensbewegung der Region sei von Moskau gesteuert, der sollte sich im Königreich Tonga umsehen, das überall in der Region für seine christlich-konservative Grundhaltung bekannt ist; selbst hier gibt es inzwischen den ›Sonntag des Gebets für die nukleare Abrüstung‹, zu dem der tonganische Kirchenrat aufgerufen hatte.

Die Pazifische Konferenz der Kirchen hat schon ziemlich früh eine führende Rolle in dieser Bewegung gespielt, die sich grundsätzlich gegen eine Militarisierung der Region wendet; sie arbeitet mit dem Weltkirchenrat zusammen, der 1960 ihre Gründung unterstützte, hat inzwischen aber auch engen Kontakt zu nationalen Kirchen in den Niederlanden, Australien und den USA; ihre Vierte Konferenz, die 1983 gemeinsam mit dem unabhängigen ›Pacific Concerns Resource Center‹ (Honolulu) in Vanuatu veranstaltet wurde, koordinierte die Arbeiten vieler Friedensgruppen und Bewegungen auf den weit im Ozean verstreuten Inseln und in den angrenzenden Ländern des Pazifik. Gemeinsame Kampagnen richten sich gegen atomare Gefahren in jeder Form: gegen die weiteren Versuche im französischen Testzentrum, gegen atomgetriebene U-Boote und Schiffe gleich welcher Nationalität, gegen Pläne Japans, Atommüll im Meer zu versenken, aber auch gegen die Militarisierung ihrer Region durch den Ausbau von Raketenstützpunkten, vor allem im von den USA verwalteten UN-Treuhandgebiet Pazifikinseln. Für christliches Denken — so die Pazifische Konferenz der Kirchen — sei es nicht zulässig, »eine von Menschen verursachte Apokalypse als Gottes Willen« auszugeben; in ihrer Friedenserziehung erinnern die Gruppen daran, welche Erfahrungen die Völker des Pazifik seit Hiroshima als Opfer damit gemacht haben: Bikini, Enewetok, Kwajalein, Weihnachtsinsel, Fangataufa, Mururoa sind dafür bekannte Beispiele. In einer grundsätzlichen Erklärung zur Verantwortung der Kirchen (1981 in Tonga) für Frieden und Gerechtigkeit heißt es unter anderem zum Schluß:

Als »Christen sind wir besorgt über die ungeheuerlichen Investitionen, die für nukleare Rüstung und Atomkraft erforderlich sind, und wir dringen darauf, daß unsere begrenzten Ressourcen für umfassende menschliche Entwicklung eingesetzt werden ...«

Angesichts der Bedeutung der Kirchen im gesellschaftlichen Leben der südpazifischen Inseln stellen solche Aussagen eine politische Kraft dar, die keine der Regierungen der Region unterschätzen kann, auch wenn sie — wie gegenwärtig die Regierungen Neuseelands oder Fidschis — zunehmend von außen, vor allem durch die USA, unter Druck gesetzt werden. Auf der letzten Tagung des Südpazifik-Forums wurde denn auch ein Vorschlag Australiens einstimmig angenommen, der die Region zu einer nuklearfreien Zone machen will; ein Vertragsentwurf soll den Vereinten Nationen noch 1985 vorgelegt werden.

»Wir können nicht allein von Brotfrucht leben«: Wirtschaftliche Abhängigkeit und kulturelle Erneuerung

Wenn man so will, begann die Abhängigkeit der pazifischen Inseln vom Weltmarkt bereits mit den ersten Tauschaktionen von Früchten gegen Nägel zur Zeit der frühen Entdeckungsreisen eines Bougainville oder Cook vor etwa zweihundert Jahren; aber noch heute wird die Wirtschaft der Inselstaaten in weiten Bereichen von marktunabhängiger Selbstversorgung geprägt, und alle statistischen Aussagen über das Pro-Kopf-Einkommen vermitteln ein unvollständiges Bild von den Lebensverhältnissen ihrer Bewohner. Allerdings macht sich im letzten Jahrzehnt eine wachsende Unzufriedenheit mit diesen Lebensumständen bemerkbar, die wie überall in der Dritten Welt viele Ursachen hat, im Südpazifik aber vor allem Bevölkerungswachstum, Landknappheit und die daraus folgende Abwanderung junger Leute in die großen Städte oder nach Übersee. Sie hat ihre Wurzeln aber auch — und das wird von Planern gern übersehen oder unterschätzt — in einem Gefühl der Ohnmacht angesichts der überwältigenden Maschinerien moderner Bürokratie, Technologie und Hilfsangeboten, die das Vertrauen in die eigene Kraft untergraben.

Eine Untersuchung der lokalen Graswurzel-Universität Atenisi im Königreich Tonga, die vor wenigen Jahren eine Befragung von Dorfbewohnern auch auf entlegenen Inseln durchführte, bringt als Ergebnis beispielhaft die Richtung der Wünsche zum Ausdruck: Wir wollen so leben wie die Leute in Neuseeland, elektrisches Licht, fließendes Wasser, vielleicht einen Kühlschrank und ein festes Holzhaus mit Wellblechdach, vor allem aber (und mit Nachdruck) »eine gute Ausbildung für unsere Kinder«. Für diese Ausbildung ist wiederum Neuseeland das Vorbild. Gleichzeitig möchte man jedoch festhalten am eigenen Lebensstil, am ›Fakatonga‹.

Hier genau liegt das Dilemma der kleinen Inselstaaten des Südpazifik. Die mit der ›Modernisierung‹ verbundenen Träume von einem ›besseren Leben‹ lassen sich nicht mit Kopra und Bananen finanzieren; Schulen, Krankenhäuser, Flugplätze übersteigen mit ihren Kosten die Haushaltsmöglichkeiten dieser Staaten auch dann, wenn alle lokalen Entwicklungschancen voll genutzt würden. Nach den Schätzungen der Asiatischen Entwicklungsbank haben überhaupt nur zwei oder drei dieser Länder »solide Wachstumschancen«, nämlich Papua-Neuguinea (Nutzholz und Kupfer), Fidschi (Tourismus, Zucker und Gold) und die Salomonen (Kopra und Fisch). Die übrigen müßten ihre beste Option in der Auswanderung eines Teils ihrer Bevölkerung nach Neuseeland, Australien, USA oder Kanada sehen, wo es bereits polynesische Gemeinschaften gibt. Massenproduktion und Massentourismus komme schon wegen der hohen Transportkosten für die kleineren Inseln nicht in Frage.

Der Jackson-Report, ein unabhängiger australischer Bericht zur wirtschaftlichen Lage im Südpazifik, kommt 1984 zu einer ähnlichen Sicht der Probleme, gelangt aber zu dem Schluß, der Bedarf an Hilfe sei, verglichen mit anderen Gebieten, marginal und man könne mit wenigen Mitteln große Wirkungen erzielen. Kleinheit sei in dieser Hinsicht ein Vorteil, nur behinderten die traditionellen Formen des Landbesitzes größere Investitionen. Fazit des Berichts: »Small is beautiful, but still small«.

Kritik an den bisherigen Formen der Entwicklungshilfe, die allzu unbekümmert westliche Vorstellungen von Wohlstand, Wachstum und Technologietransfer auf die südpazifischen Inseln zu übertragen versuchte, findet aber allmählich auch bei den ›Gebern‹ Gehör.

Für den Sozialwissenschaftler Ron Crocombe, der seit vielen Jahren an der Universität des Südpazifik unterrichtet, einer der sorgfältigsten Beoachter der Region, ist im Hinblick auf eine ›Entwicklung von außen‹ Mikronesien ein Extremfall des Weges, auf dem die meisten Inseln des Pazifik sich bereits befinden. Das seit dem Zweiten Weltkrieg als Treuhandgebiet der Vereinten Nationen den Vereinigten Staaten anvertraute Gebiet demonstriere, welcher Art die sozialen und kulturellen Folgen einer totalen Abhängigkeit seien. Das genaue Gegenteil von dem, was man mit seiner Hilfe gewollt habe, sei eingetreten:

»Es gab auf den Inseln mehr Planer, mehr Entwicklungsspezialisten, mehr Technologie, mehr Entwicklung ›menschlicher Resourcen‹ (um den Begriff zu benutzen, der ›in‹ ist) als in irgend einem anderen Land oder Gebiet des Pazifik (vielleicht mit Ausnahme Naurus).«

Damit sei weder die Produktivität, noch das Selbstbewußtsein und Glück der Bewohner dieser Inseln gesteigert worden. Im Gegenteil, heute müßten dort sogar die Bananen importiert werden. Mit Kriminalität und Drogenkonsum in Saipan und Unterhaltung durch harte Pornographie nähmen die Inseln einen einsamen Spitzenplatz im Pazifik ein. Das Leben werde ähnlich wie in Französisch-Polynesien, Wallis und Futuna und Neukaledonien aufrechterhalten durch »importierte Fachleute, importierte Finanzmittel, importierte Ideen und Güter, Dienste und Ideologien«.

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten zwanzig Jahre haben gerade in den kleineren, noch stark in ihren Traditionen wurzelnden Inselstaaten, wie beispielsweise Tonga oder Samoa, zum Verlust wichtiger Fähigkeiten und Kenntnisse geführt; Garten- und Hausbau, Muschelsammeln, vor allem aber der Fischfang haben durch die Einführung der Geldwirtschaft auch im entlegensten Dorf an Bedeutung verloren. Heute kaufen die Bewohner der Inseln japanischen Thunfisch in Dosen, der zuvor in ihren Gewässern gefangen wurde; doch langsam regt sich auch der Widerstand. So hat inzwischen das Südpazifik-Forum in Honiara (Salomonen) eine eigene Agentur zur Kontrolle ausländischer Fischfangflotten eingerichtet.

»Kulturelle Entwicklung, besonders in allen Formen künstlerischen Ausdrucks« sei ebenso wichtig wie wirtschaftliche Entwicklung. »Wir können nicht allein von Brotfrucht leben«, erklärte der samoanische Romanschriftsteller Albert Wendt zur Eröffnung einer Künstlerwerkstatt (im Dezember 1976 in Tonga), die auf eine Initiative von Schriftstellern und Künstlern des Südpazifik zurückgeht und mit Mitteln der UNESCO zur Förderung ozeanischer Kunst und Kultur unterstützt wurde. Nach über hundert Jahren kolonialer Abhängigkeit und christlicher

Mission und angesichts einer modernen Entwicklung, die überlieferte Lebensformen rücksichtslos nach ihrem Marktwert beurteilt, haben sich zunehmend seit Beginn der siebziger Jahre kulturelle Erneuerungsbewegungen und Intiativen herausgebildet; oft waren sie auch Vorläufer der Unabhängigkeitsbestrebungen, und sie haben ihren Niederschlag heute auch in den Gruppen der Friedensbewegung gefunden. Ihre Wortführer sind Geistliche und Lehrer, Künstler und Schriftsteller; sie wollen in der Auseinandersetzung zwischen Tradition und Moderne nicht länger »die passiven Objekte von Außenstehenden« sein, und sie wehren sich gegen kulturelle Überfremdung ebenso wie gegen die Romantisierung ihrer traditionellen Lebensweise. Das Gespräch zwischen den Inseln findet in Schulen und Colleges, an der Universität und in den Workshops und Zeitschriften statt, die von ihnen initiiert und gegründet wurden.

Der Zusammenprall von westlicher Industriezivilisation und Stammeskultur in den Dörfern hat viele alte Werte vernichtet; er setzte aber auch — was immer noch häufig übersehen wird — ungeheure kreative Energien frei und ermöglichte ein Ausbrechen aus alten Normen: Die Entstehung und Entwicklung einer modernen englischsprachigen Literatur in Ozeanien (zu dem der Südpazifik im kulturellen Selbstverständnis seiner Künstler und Poeten gehört) ist — ähnlich wie zuvor in Afrika — eng verbunden mit dem Ende der Kolonialzeit und hat als Prozeß der geistigen Entkolonisierung diesen Umbruch begleitet.

Die Idee einer pazifischen Identität wurde in den Jahren des Kampfes um die Unabhängigkeit als ›Pacific Way‹, als besondere pazifische Lebensweise propagiert. Gefühle von Brüderlichkeit und Nachbarschaft sollten in ihr zum Ausdruck kommen; inzwischen ist es den Schriftstellern und Künstlern bewußt geworden, daß der ›Pacific Way‹ (darin der Négritude verwandt) allenfalls eine Art Hilfskonstruktion der Identitätsbildung sein kann. Sie haben heute in der Vielstimmigkeit Ozeaniens die Grundlage ihrer Gemeinsamkeit entdeckt: »Je mehr wir Gedichte von den anderen Inseln lesen, um so mehr haben wir das Gefühl, daß wir zusammengehören«, sagt dazu der Fischi-Poet Pio Manoa.

Es fällt auf, daß in diesem Konzert der tausend Sprachen und Kulturen keine Stimmen aus dem frankophonen Pazifik zu hören sind, daß es dort keine vergleichbaren kulturellen Erneuerungsbewegungen gibt. Wo Frankreich in seinen Übersee-Territorien Kultur fördert, ist es vorab die eigene oder die der ›Eingeborenen‹ in einem eher musealen Sinne. Wenige Jahre vor der Unabhängigkeit der Neuen Hebriden als Vanuatu unternahm die französische Verwaltung des französisch-britischen Kondominiums noch den Versuch, durch eine kulturelle Offensive einen Teil der Intelligenz auf ihre Seite zu bringen; aber die Unabhängigkeit wurde dann doch von der eher angelsächsisch geprägten ›Vanuaaku Party‹ des Pfarrers Lini (nach einem ähnlich dramatischen Wahlboykott wie in Neukaledonien) errungen, die ein Jahr zuvor (1979) auf einem großen Kulturfest in Vila Menschen von achtzig Inseln versammelte, um das Gefühl der Gemeinsamkeit zu stärken. Wenn heute, angesichts der Krise in Neukaledonien, immer wieder die Vermutung geäußert wird, der ›Virus der Unabhängigkeit‹ könne auf Französisch-Polynesien überspringen und das Atomversuchszentrum Frankreichs gefährden, dann ist der Gedanke sicher nicht abwegig. Allerdings ist der Widerstand gegen koloniale Abhängigkeit nirgendwo so zersplittert, radikalisiert oder von wirtschaftlichem Wohlstand überlagert wie in Tahiti (wo die Verwaltung des atomaren Versuchszentrums ihren Sitz hat).

Ob aber wirtschaftliche Abhängigkeit auf Dauer das Gefühl der kulturellen Überfremdung lahmlegt, ist eher fraglich. Die politische Dimension kultureller Unterdrückung und Verdrängung wird immer noch (wie seinerzeit im Iran) allzu leicht übersehen und ist ohne Zweifel auch für das Selbstverständnis der Kanak-Bewegung bedeutsam. Selbst die Bewohner der entlegenen Osterinsel, die heute zu Chile gehört, wollen sich nicht länger als eines der »letzten kolonisierten Völker« verstehen; 1983 haben sie sich mit einer Petition an die Vereinten Nationen gewandt und fordern dort ihr »Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit« ein, ihre »Würde als Menschen«.

Literaturhinweise

Pacific Islands Monthly. News Magazine of the Pacific, Sidney, NSW, 2001, Australia (GPO Box 3048). — Pacific Perspective. Publication of the South Pacific Social Sciences Association, Raiwaqa, Suva, Fiji (P.O. Box 5083). — Pacific Islands Year Book, 15th edition, Sidney (GPO Box 3048). — Alexander Mamak/Grant McCall (eds.), Paradise Postponed. Essays on Research & Development in the South Pacific, 1978 (Pergamon Press). — R. G. Crocombe, The New South Pacific, 1978 (Reed Education, Wellington). — Aktueller Informationsdienst Asien. Sondernummer: Die Südpazifischen Inselstaaten und Territorien, Hamburg 1978 (Institut für Asienkunde). — Hanns J. Buchholz (Hrsg.), Australien–Neuseeland–Südpazifik, Frankfurt 1984 (Fischer Länderkunde). — Renate von Gizycki, Kulturelle Initiativen zwischen Samoa und Papua-Neuguinea, in: Der Überblick, Nr. 4/1980. — Günter Siemers, Südpazifik. Entkolonisierung und neue Identität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 10/85 (Beilage zur Wochenzeitung ›Das Parlament‹ v. 9.3.1985). — Epeli Hau'ofa, Our Crowded Islands, Institute of Pacific Studies, Suva, Fiji 1977. — Michael Pugh, Australien und Neuseeland: Neue Wege in der Sicherheitspolitik, in: Europa-Archiv, Folge 6/1985, S. 175ff.

Zwischen Nutzung und Konservierung zum ›Wohle der Menschheit‹

Die Frage der Antarktis vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen

KLAUS BOCKSLAFF

VOM ZANKAPFEL ZUM KARTELL

Einen ersten umfassenden Bericht über die Antarktis hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ende Oktober 1984 vorgelegt[1]. Die Erstellung dieses Berichts geht zurück auf eine Stellungnahme der blockfreien Länder, die auf ihrer 7.Gipfelkonferenz in Neu-Delhi im März 1983 die Behandlung der Frage der Antarktis durch die UN-Generalversammlung gefordert hatten. Auf Initiative des südostasiatischen Landes Malaysia und des Karibikstaates Antigua und Barbuda wurde die Thematik in die Tagesordnung der 38.Generalversammlung aufgenommen und der Generalsekretär schließlich mit Resolution 38/77 beauftragt, den nunmehr vorliegenden Bericht anzufertigen[2]. Mit der Aufnahme der Frage der Antarktis in die Tagesordnung der 38. und 39.Generalversammlung wandte sich dieses Gremium einem Themenkomplex zu, mit dem es sich bisher nicht beschäftigt hatte. Frühere Versuche, die Aufnahme in die Tagesordnung zu erreichen[3], waren am Widerstand der Vertragsstaaten des am 1.Dezember 1959 geschlossenen und am 23.Juni 1961 in Kraft getretenen Antarktisvertrages[4] gescheitert.

Die Geschichte der Entdeckung des sechsten Kontinents, auf die einige Staaten auch heute noch ihre jeweiligen Gebietsansprüche gründen, begann mit Fahrten von James Cook im 18.Jahrhundert und verschiedenen anderen Entdeckungsreisen im 19.Jahrhundert. Im 20.Jahrhundert wird die Geschichte der Antarktis gekennzeichnet durch das ›Rennen zum Südpol‹ zwischen Amundsen und Scott im Jahre 1911, die Anmeldung von